

Weiterhin Schatten über der Sonneninsel

Die Folgen des Krieges werden das Land noch auf längere Zeit beschäftigen

Arne Segelke

„Oh island in the sun“ dudelt es leise aus den Lautsprechern im halbleeren Supermarkt und eine Frau im roten Sari summt gedankenverloren mit. Auf einer Hotelterrasse in der Nähe glitzert der verlassene Swimmingpool in der Sonne, daneben hat sich ein Uniformierter auf einem Plastikstuhl niedergelassen und beobachtet aus dem Schatten heraus die darunter liegende Uferpromenade. Auch hier tut sich kaum etwas, der Wind weht angenehm von See, einige Soldaten langweilen sich unter Palmen. Obwohl der seit fast dreißig Jahren andauernde Bürgerkrieg als beendet erklärt wurde, geht das Leben in Sri Lankas Hauptstadt Colombo scheinbar seinen mehr oder weniger geregelten Gang.

Nach der Erklärung des Kriegsendes waren ausgelassene Freudenzenen vornehmlich in den Berichten staatlicher Fernsehsender und weniger auf den Straßen zu sehen. Erst die Nachricht über die Tötung des LTTE-Chefs Velupillai Prabhakaran, dem Gründer und Anführer der Tamil Tigers, führte zu Freudenkundgebungen an mehreren Straßenkreuzungen in Colombo. Generell verhalten die Menschen sich weiterhin abwartend und können kaum glauben, dass die Zeit der Kämpfe und Konflikte nun endlich vorbei sein soll. Bereits mehrfach schien der Konflikt in den letzten Jahren beendet oder zumindest unterbrochen – und flammte dann doch wieder auf. Und vermutlich lassen sich die vielen Jahre des Bürgerkrieges auch nur mit einer gewissen Portion Fatalismus ertragen.

Trotz des Bürgerkrieges, der rasenden Inflation, den regelmäßigen Bombenattentaten und den vielen Widrigkeiten des Alltags halten die meisten Einwohner Sri Lankas ihre Heimatinsel für ein Paradies. Mit den eigenen Lebensumständen ist allerdings kaum jemand zufrieden. Zwar ist die Hoffnung groß, dass sich die Dinge nach dem militärischen Sieg über die LTTE bessern mögen – richtig glauben mag daran allerdings kaum einer.

Bereits mehrfach hatte die Regierung von einem unmittelbar bevorstehenden Ende des Krieges gesprochen und noch im Sommer 2008 selbstbewusst den Sieg über die Truppen der Tamil Tigers bis spätestens zum Ende des Jahres angekündigt. Doch rückten hochrangige Militärs von dieser Prognose schnell wieder ab. Bald korrigierte sich auch die Regierung und erklärte, die Kämpfe bis Ende des Jahres 2009 zu beenden. Umso erstaunlicher war es, als im April dieses Jahres tatsächlich die Kampfhandlungen eingestellt wurden. Der „Kampf gegen den Terror“ sei damit allerdings noch nicht beendet, so beeilte sich der Sri Lankas Präsident Mahinda Rajapakse zu versichern. Tatsächlich sehen die Haushaltspläne für die zwei nächsten Jahre weiterhin große Summen für die Kriegführung vor.

Die Beendigung der Kampfhandlungen löst allerdings noch lange nicht die Vielzahl längerfristiger, miteinander verflochtener Konflikte des Landes. Dreißig Jahre des Ausnahmezustandes und der anhaltende Krieg haben zudem ihre Spuren in allen Bereichen der Gesellschaft hinterlassen und bereits vorhandene Konflikte und Probleme nur verstärkt.

So beraubt auch ein militärischer Sieg den grundlegenden ethnopolitischen

Konflikt nicht seiner Brisanz. Die Grundlagen dieses Konfliktes wurden bereits in der von 1807 bis 1946 reichenden Kolonialherrschaft Großbritanniens gelegt, wie ein britischer Botschafter unlängst einräumte. Der in dieser Zeit vorgenommene Ausbau von Infrastruktur und Administration einten das Land zwar in gewisser Hinsicht, und das Englische stellt bis heute eine sprachliche Brücke zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen dar. Doch war es gerade die koloniale Administration, die eine Trennung der Bevölkerungsgruppen forcierte. Der Klassifizierung der Landesbewohner nach Religion und Ethnie folgte eine Kolonialpolitik des *divide and rule*. Diese wurde auch mit dem vermeintlich Jahrtausende alten Antagonismus zwischen „buddhistischen Singhalesen“ und „hinduistischen Tamilen“ begründet, einem Gegensatz der jedoch vor allem einen roten Faden in der kolonialen Geschichtsschreibung darstellte.

Die politische Instrumentalisierung dieses Konzeptes setzte sich auch nach der Unabhängigkeit des Landes fort. Die seitdem um die politische Macht und das Präsidentenamt rivalisierenden Familienclans nutzten es zu ihren Gunsten. Auf Stimmenfang bei der singhalesischen Mehrheit diskriminierten sie die tamilische Inselbevölke-

rung seit den 1950er Jahren. Im Gegenzug traten bald tamilische Bewegungen auf. Die politische Auseinandersetzung radikalisierte sich zusehends und eskalierte seit den 1950er Jahren mehrmals auf blutige Weise. Forderungen nach größerer Autonomie für die überwiegend von Tamilen bewohnten Gebiete im Norden und Osten der Insel wurden von der Regierung stets kategorisch abgelehnt. Seit den 1970er Jahren taten sich die *Tamil Tigers* (kurz LTTE) als besonders militante tamilische Organisation hervor, zu deren Bekämpfung die Armee im Jahr 1977 bevollmächtigt wurde. Mit kurzen Unterbrechungen befindet sich das Land seitdem im Kriegszustand – nicht erst seit 1983.

Die „ethnische Frage“ bleibt weiterhin ein zentrales Element der Politik auf Sri Lanka. Auch der jetzige Präsident Mahinda Rajapakse hat sich als ein Virtuose der Ethnopolitik erwiesen. Er versteht es, den Konflikt auf geschickte Weise zur Festigung der eigenen Machtstellung zu nutzen. Die in der Verfassung festgelegte starke Stellung des Präsidenten nimmt unter seiner Amtsführung zunehmend autokratische Züge an. Die vielfachen Spaltungen innerhalb der Opposition und den tamilischen Gruppen sind ihm dabei nur zuträglich. Während sein Amtsvorgänger Ranil Wickremesinghe sich durch eine Politik des Ausgleichs zu profilieren suchte, geriert Rajapakse sich als budhistisch-singhalesischer Falke.

Als erster Präsident, der nicht einem der etablierten Clans aus Colombos Oberschicht angehört, liegt seine politische Basis im Süden des Landes, dem Gebiet mit der inselweit höchsten Dichte an Singhalesen. Den äußerst knappen Wahlsieg über den Konkurrenten Wickremesinghe im Jahre 2006 verdankte Rajapakse paradoxerweise auch der überraschend geringen Wahlbeteiligung im vorwiegend tamilisch bevölkerten Norden. Auch ausländische Diplomaten zweifeln nicht daran, dass die Wahlenthaltungen durch großzügige Geldzahlungen an tamilische Organi-

sationen erkaufte wurden. Zahlreiche Überläufer aus verschiedenen Parteien sicherten dem neuen Präsidenten eine komfortable Mehrheit im Parlament und wurden dafür mit Ministerposten und anderen Ämtern belohnt. Das kleine Sri Lanka leistet sich nunmehr 106 Minister – und damit mehr als jedes andere Land. Schlüsselposten im Kabinett werden von Brüdern und engen Vertrauten des Präsidenten eingenommen. Nepotismus ist in dem durch Clanwirtschaft geprägten Land eine gängige Praxis.

Zu leiden hat darunter die breite Bevölkerung. So ist der rasante Preisanstieg für Reis – Grundnahrungsmittel aller Sri-Lanker – auch durch eine künstliche Verknappung hervorgerufen worden, von der vor allem ein Bruder des Präsidenten als landesweit größter Reismüller profitiert. Laut offizieller Statistik sind die Konsumentenpreise im Jahr 2008 im Vergleich zum Vorjahr um gut 21 Prozent gestiegen. Tatsächlich ist diese Zahl noch höher anzusetzen, da der repräsentative „Warenkorb“ um einige besonders stark im Preis angestiegene Produkte erleichtert wurde.

Die gesamtwirtschaftliche Situation des Landes ist prekär. Eine seit der Unabhängigkeit zwischen Interventionismus und Liberalismus schwankende Wirtschaftspolitik hat die Anpassung einer kolonialen Plantagenökonomie an die Bedingungen des Weltmarktes erschwert und den Ausbau von Industrie wie tertiärem Sektor nur wenig befördert. Der seit Jahrzehnten anhaltende Krieg hemmt die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten Sri Lankas nachhaltig und belastet weiterhin das Budget. Die Regierung sieht sich zu vermehrten Kreditaufnahmen im Ausland sowie Steuererhöhungen im Inland gezwungen.

Für eine gewisse Entlastung des Haushaltes könnten von ausländischen Gebern finanzierte Infrastrukturprojekte sorgen. Während von chinesischer Seite hierzu größere Kredite bewilligt worden sind, hinterfragen sowohl die

USA als auch die europäischen Länder zunehmend ihre Hilfsprojekte oder schränken diese unter Hinweis auf die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen sogar ein. Aus denselben Gründen erwägt die EU, gewährte Einfuhrvergünstigungen für Textilprodukte zu streichen. Dies bliebe nicht ohne Folgen für eine Exportwirtschaft, die auf der Ausfuhr von Tee und Textilien basiert. Der Konflikt beförderte zudem die ungleichmäßige wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Der Großteil des BIP wird weiterhin im Großraum Colombo erwirtschaftet, während der Norden durch die Kampfhandlungen jahrzehntelang vom Rest der Insel abgeschnitten war.

Die in diesen Gebieten operierende LTTE finanzierte sich großteils durch Geldzahlungen aus dem Ausland, die sie – häufig unter Androhung oder Anwendung von Gewalt – von Angehörigen der weltweiten tamilischen Diaspora erpresste. Dieses Netzwerk ist weiterhin intakt und die Befürchtung groß, dass ein „neuer Prabhakaran“ auf diese Weise finanziellen Rückhalt bekäme. Generell stellen Rücküberweisungen von Arbeitsemigranten auf der gesamten Insel einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor dar. Die *remittances* machen nach dem Export von Tee und Textilien die drittgrößte Devisenquelle des Landes aus. Die Arbeitsemigration hat in den letzten Jahren weiter zugenommen und erklärt sich aus der wirtschaftlichen Misere des Landes. So sehr die meisten Sri-Lanker ihr Land auch lieben, sehen sie sich doch häufig gezwungen, ihr Glück im Ausland zu versuchen. Vor allem höher Qualifizierte bemühen sich, Arbeitsvisa für Australien, Kanada oder europäische Staaten – insbesondere Großbritannien – zu erlangen.

Die Anforderungen und Hürden für diese Visa sind hoch, der Prozess von der Antragstellung bis zur Ankunft im Wunschland kostet die Reisewilligen zudem mehrere tausend Dollar. Entsprechend zahlen manche Verzweifelte größere Summen an Schleuser. Dieser Weg

in die reichen Länder des Westens bringt jedoch auch Gefahren und ein Leben in der Illegalität mit sich. Viele gering qualifizierte Frauen vor allem tamilischer Herkunft verdingen sich als Haushaltshilfen in den reichen arabischen Golfstaaten. Die dortigen Arbeitgeber stehen allerdings in einem schlechten Ruf, die Arbeitsbedingungen sind meist miserabel und selbst die Regierung ruft dazu auf, wenn möglich lieber nach Europa zu emigrieren. Häufig bringt die Auswanderung soziale Probleme mit sich, da Ehepartner und Kinder im Regelfall zurückgelassen werden müssen. Die Zahl der Misshandlungen im familiären Umfeld ist angestiegen, sexuelle Übergriffe sind hierbei ein unangenehmes aber aktuelles Thema.

Die Gesellschaft ist zunehmend durch Gewalt geprägt – auch dies eine Folge des Krieges. Während das Militär vor Ausbruch des Krieges aus gut 7000 Mann bestand, ist die Armee inzwischen mit rund 100000 Beschäftigten die größte Arbeitgeberin des Landes. Auch nach dem Ende der Kampfhandlungen rekrutiert die Militärführung weiter Personal, eigenen Angaben nach um Geländegewinne zu sichern und vermintes Gelände zu räumen. Ebenfalls rund 100000 Menschen sind – vor allem im ländlichen Raum – als „Bürgerwehren“ registriert. Der Umfang der Polizei hat sich in den letzten Jahrzehnten ebenfalls vervielfacht. Bewaffnete Patrouillen und Kontrollposten prägen das Straßenbild Colombos. Autofahrer und Busreisende müssen mit Verspätungen und Unannehmlichkeiten durch die Kontrollen rechnen. Hausdurchsuchungen finden regelmäßig statt, ganze Straßenzüge werden abgeriegelt, um die Bewohner systematisch zu kontrollieren. Hiervon sind vor allem Tamilen betroffen, sie unterliegen zudem einer besonderen Meldepflicht.

Diese Entwicklungen verstärken ein durch Bombenattentate und das – mitunter endgültige – „Verschwindenlassen“ von Menschen erzeugte Klima der Angst und Unsicherheit. Zeugen von

Entführungen sind meist nicht aussagebereit. Die ungekennzeichneten weißen „Vans“ der Schlägertrupps und Todesschwadronen sind sprichwörtlich geworden. Verfolgt werden entsprechende Vorfälle so gut wie nie. Beispielsweise ist die Ermordung von 17 Mitarbeitern einer französischen Hilfsorganisation im Jahr 2007 weiterhin ungeklärt. Die Reichweite der Justiz wurde seit den späten 1970er Jahren durch mehrere Gesetze eingeschränkt, und die Aktivitäten von Militärs, Polizei und Paramilitärs unter Berufung auf die notwendige Bekämpfung des Terrorismus sanktioniert. Auch die Politik ist betroffen, Gewaltausbrüche bei Wahlveranstaltungen sind nicht ungewöhnlich und einige Politiker beschäftigen private Milizen. Die Parteien suchen über ihre Jugendorganisationen die große Zahl perspektivloser junger Männer für ihre Zwecke einzuspannen, die Radikalisierung und Eskalation von Konflikten hat ihren Ausgang häufig an Universitäten.

Selbst das lokale Geschäftsleben hat unter einer zunehmenden Kriminalisierung zu leiden. Es zirkulieren diverse Kleinfeuerwaffen auf der Insel und Deserteure der Armee können Unterschlupf in kriminellen Banden finden. Einige der „kleineren“ Bombenanschläge sind weniger auf die LTTE als vielmehr auf Auseinandersetzungen zwischen Geschäftsleuten zurückzuführen. Seit der Beendigung des Waffenstillstandes hat sich zudem die Gewalt gegen Journalisten verstärkt. Die Massenpresse ist überwiegend regierungstreu und unterstützt den Kampf im Norden der Insel. Kritische Journalisten riskieren ihr Leben. Trauriger Höhepunkt dieser Entwicklung war die Ermordung des Journalisten Lasantha Wickrematunge, Chefredakteur der Zeitung „Sunday Leader“ zu Beginn dieses Jahres. Niemand glaubt daran, dass die Hintergründe des Bombenattentates in nächster Zeit aufgeklärt werden.

Während die Bevölkerung der meisten Gebiete somit vor allem indirekt durch den Krieg betroffen ist, stellt sich

die Lage für die Bewohner des Nordens ungleich schlimmer dar. Luftangriffe und Artilleriefeuer forderten unumgänglich zivile Opfer. Während die Regierungstruppen die Zivilbevölkerung bei Offensiven vor sich hertrieb, suchte die LTTE mitunter die lokale Bevölkerung als „menschliche Schutzschilde“ zu missbrauchen. Zudem rekrutierte sie über Jahrzehnte hinweg unter Zwang Rekruten für ihre Truppen und verschonte dabei auch nicht Frauen und Kinder. Rund 300000 Menschen leben weiterhin in Flüchtlingslagern auf Sri Lanka, über 100000 in Auffanglagern im südlichen Indien. Die Auflösung dieser Lager geht nur langsam voran. Und obwohl in den Lagern im Norden Hunger herrscht, erschweren offizielle Stellen westlichen Hilfsorganisationen sowie der UN und selbst dem Internationalen Komitee des Roten Kreuzes (IKRK) weiterhin die Lieferung von dringend gebrauchten Lebensmitteln. Dahinter mag auch die Furcht vor einer Offenlegung der von beiden Seiten begangenen Kriegsverbrechen stecken. Die UN schätzt, dass die Zahl der zivilen Toten drei- bis viermal über den von der Regierung bekannt gegebenen Zahlen liegt.

Eine im UN-Sicherheitsrat eingebrachte Resolution zur Untersuchung etwaiger Kriegsverbrechen konnten Sri Lankische Diplomaten mit der Unterstützung unter anderem Chinas, Russlands, Indiens, Pakistans, Ägyptens und Kubas abwenden. Der Bürgerkrieg und seine Folgen gelten demnach als „interne Angelegenheit“ des Landes. Dabei sind die Lebensumstände in den Lagern deprimierend. Sri Lanka besitzt eine der weltweit höchsten Selbstmordraten und in den nördlichen Gebieten liegt sie weit über dem Inseldurchschnitt. Meist sind es junge Männer, die ihrem Leben ein Ende setzen. Es gibt Einrichtungen, die sich mit den psychischen und körperlichen Folgen der Traumata befassen. Zahlreich sind diese allerdings nicht, zudem werden die Traumata häufig verzwiegen, belasten können sie die Gesellschaft aber noch auf Jahre und Jahrzehnte.

Die Zukunft des Landes scheint ungewiss. Sowohl die USA als auch Europa und China sind aus geostrategischen Gründen an den Häfen des Landes interessiert. Während die Sicherheitsstrategien der ersteren unter anderem auf eine Kontrolle der weltweiten Handelsrouten und Warenströme abzielen, sieht China die Insel als Glied einer „Perlenkette“ von Häfen, die einen erweiterten maritimen Aktionsradius markieren. Unzweifelhaft könnte die günstige Lage der Insel, gelegen an den Ost-West Seehandelsrouten im Indischen Ozean und potentiell einen bequemen Zugang zum indischen Markt bietend, einen wirtschaftlichen Aufschwung beschleunigen. Dieser wird allerdings kaum ausreichen, um die dann ehemaligen Soldaten und die bereits jetzt große Zahl von Arbeitslosen in Lohn und Brot zu bringen. Auch die nach einem Ende der Kampfhandlungen sicherlich wieder wachsende Tourismusindustrie bietet nur eine beschränkte Zahl von Arbeitsplätzen. Und während in Sri Lanka seit dem Ausbrechen des Bürgerkrieges die Besucherzahlen stetig zurückgegangen sind, haben andere Länder der Region – allen voran die Malediven und Thailand – ihre Kapazitäten stetig ausgebaut und modernisiert.

Es ist anzunehmen, dass die nach einem Kriegsende zu vergebenden Konzessionen, die ausländische Aufbauhilfe und das eventuell einfließende Kapital Begehrlichkeiten an vielen Stellen wecken. Mangelnde Verteilungsgerechtigkeit und Partizipationsmöglichkeiten an einem Aufschwung könnten dann Unzufriedenheit in Teilen der Bevölkerung schüren. Diese würde durch eine ungleichmäßige Entwicklung der Inselteile nur verstärkt. Dass die bisherigen Machteliten nach dem Krieg nun mit dem Teilen beginnen und freiwillig auf einen größeren Teil ihrer Einnahmen verzichten könnten, erscheint allerdings zweifelhaft. Die Kriegswirtschaft ließ enorme Summen durch wenige Hände fließen und einige Kriegsgewinnler enorm profitieren, so beispielsweise den kleinen Besitzkreis der Firma *Lanka Logistics*, die ein Monopol auf sämtliche Waffenimporte besitzt. Berichte über diese Firma sind in Sri Lanka allerdings unter Hinweis auf die „nationale Sicherheit“ weiterhin untersagt.

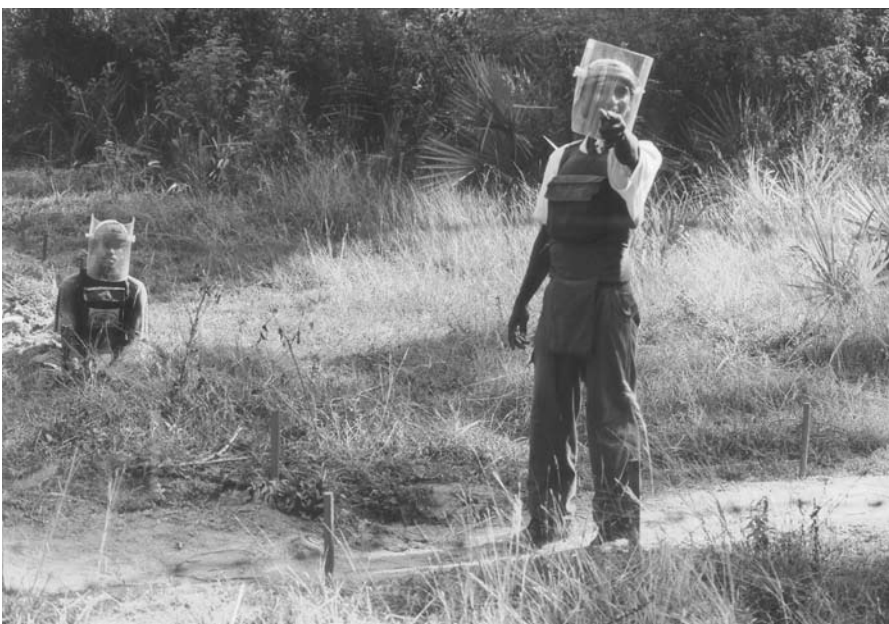
Bei ausbleibender Verteilungsgerechtigkeit böte sich jedoch politischen Gruppierungen unter Umständen eine Möglichkeit, die „ethnische Frage“ er-

neut zur Radikalisierung der Bevölkerung zu nutzen, vor allem wenn dieses mit der Schürung von Sozialneid einherginge. Als Präsident Rajapakse am 19. Mai seine Siegesansprache an das Parlament hielt, blieben 20 Sitze auf Seiten der oppositionellen *Tamil National Alliance* leer. Die „ethnische Frage“ bleibt weiterhin aktuell. Dies ist umso problematischer, als die Regierung auf der einen Seite jedwede „westlichen Belehrungen“ zur Befriedung des Landes prophylaktisch zurückwies, ohne auf der anderen Seite eigene Pläne vorweisen zu können.

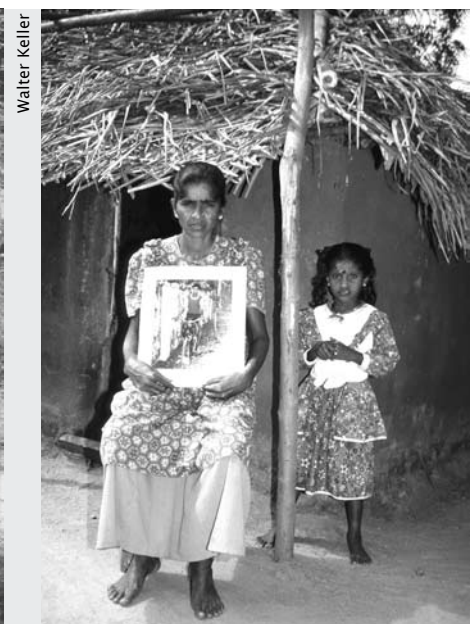
Zu hoffen ist allerdings, dass Sri Lanka eine Transformationsphase nach dem Ende des Krieges ohne den Ausbruch neuer, gewalttätiger Konflikte übersteht. Dazu beitragen könnten auch die lang erprobte Duldsamkeit der Sri-Lanker sowie ihr unerschütterlicher Glaube daran, dass sie – eigentlich – in einem Paradies leben.

Zum Autor

Arne Segelke (Universität Gießen) beschäftigt sich als Historiker vornehmlich mit der Geschichte Skandinaviens sowie Themen der Erinnerungskultur und Memorialisierung in Deutschland sowie Südasien.



Minenräumung.



Eine Frau trauert um ihren getöteten Ehemann.